

Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, die überbaubaren und die nicht überbaubaren Grundstücksflächen

- § 1 Im allgemeinen Wohngebiet sind die in § 4 Abs. 3 BauNVO genannten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht zulässig und somit gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
- § 2 Die zulässige Grundfläche darf mit den in §19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO bezeichneten Anlagen nur um bis zu 25 %
- § 3 Gemäß § 18 Abs.1 BauNVO gilt für die Oberkante der Gebäude (OK Gebäude als Höchstmaß) folgende Bezugshöhe:
- § 4 Ein Zurücktreten von der Baulinie kann ausnahmsweise zum Erhalt des Baumbestandes zugelassen werden.
- § 5 Auf den festgesetzten privaten Grünflächen ist die Errichtung von Gartenlauben und Geräteschuppen nicht zulässig.
- § 6 Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang der Planstraßen sind Garagen und Carports gem.
- Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
- § 7 Das anfallende, zur Gartenbewässerung nicht verwendete Niederschlagswasser ist, soweit möglich, auf den Grundstücken
- zur Versickerung zu bringen.
- Grünordnerische Festsetzungen (§9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
- § 9 Ersatzpflanzungen nach Baumschutzsatzung werden gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB wie folgt festgesetzt: Planintern sind 76 Bäume als Ersatz zu pflanzen, davon 6 Bäume auf öffentlicher Fläche (s. Festsetzungen zum Anpflanzen von Bäumen im Planteil A) sowie 70 Bäume auf den privaten Grundstücken (2 Bäume pro Grundstück) mit folgender
- Diese Festsetzung gilt nur für diejenigen privaten Grundstücke, die keine Festsetzung zum Erhalt von Bestandsbäumen (Flächenfestsetzung auf privater Grünfläche oder Einzelbaumfestsetzung) aufweisen. Der vorhandene Baumbestand wird
- §10 Die gekennzeichneten Einzel- oder Flächengehölzbestände sind gemäß § 9 Abs.1 Nr. 25b BauGB zu erhalten und dauerhaft zu pflegen. Bei Abgängigkeit sind die Gehölzbestände in räumlichen Bezug zum bisherigen Wuchsstandort unter Berücksichtigung bestehender Kronenräume, Abstände zu Gebäuden, Wegen und Leitungen mit Laubhölzern in Mitteldeutschland heimischer Arten zu ersetzen. In jeder Phase der Baudurchführung ist der zu erhaltende Gehölzbestand vor schädigenden Einflüssen (Bodenverdichtung, Beschädigung des Wurzelwerkes, Rindenverletzung u.a.) gemäß DIN 18920 zu schützen. Ausnahmen davon sind nur nach vorheriger Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zulässig.
- §11 Sämtliche Ersatzpflanzungen im Plangebiet sind in der Pflanzqualität "Hochstamm" mit einem Stammumfang 16-18 cm bzw. "Halbstamm" mit einem Stammumfang 20-25 cm zuerbringen.

(1) Für das Bebauungsplangebiet liegt eine schalltechnische Untersuchung vom 08.12.2004 (Büro für Schallschutz GmbH Madeburg) vor, die im Stadtplanungsamt eingesehen werden kann.

(2) Die Satzung zum Schutz des Baumbestandes als geschützter Landschaftsbestandteil in der Landeshauptstadt Magdeburg -Baumschutzsatzung- vom 06.02.2009 ist zu beachten.

(3) Der Bereich des Bebauungsplangebietes ist als ehemaliges Bombenabwurfgebiet registriert. Vor Beginn jeglicher Bauarbeiten und sonstiger erdeingreifender Maßnahmen ist eine Kampfmittelerkundung bzw. bei Erforderlichkeit Kampfmittel-

(4) Sollten bei Bodenuntersuchungen, chemischen Analysen u. a. Hinweisen auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten (Auftreten von Fremdstoffen, Auffälligkeiten durch Farbe und / oder Geruch) festgestellt werden, ist das Umweltamt vor Beginn weiterer Maßnahmen unverzüglich und unaufgefordert zu informieren. Treten diese Hinweise während der vorgesehenen Erdarbeiten auf, sind die Arbeiten in dem betroffenen Bereich sofort einzustellen und das Umweltamt ist ebenfalls zu informieren.

(5) Die ehemaligen Baugruben wurden mit Recyclingmaterial verfüllt. Bei der Bauplanung sind die Gründungsbedingungen

(6) Im Plangebiet ist mit teils hohem Grundwasserstand zu rechnen. Auf die Notwendigkeit der Erstellung eines Bodengutachtens vor Baubeginn wird hingewiesen.

(7) Nach § 9 (3) Denkmalschutzgesetz Sachsen-Anhalt besteht gesetzliche Meldepflicht im Falle unerwartet freigelegter archäologischer Funde oder Befunde.

(8) Der Bereich des Leitungsrechts ergibt sich aus der Überlagerung mehrerer Leitungen mit beidseitigem Schutzstreifen von 2 bzw. 3 m. Die genaue Lage ist bei Bedarf durch Schachtung zu ermitteln. Die Schutzstreifenbreite und das Überbauungsverbot vorhandener Ver- und Entsorgungsanlagen durch Neubauten oder Neuanpflanzungen aller Art sind einzuhalten.

(9) Die Bereiche des Geh-, Fahr- und Leitungsrechts sind in versickerungsoffener Bauweise für eine maximal zulässige Achslast von 11 t auszufuhren. (Richtlinien für den landlichen Wegebau, RLW 1999)

(10) Aufgrund der Verfüllungen der ehemaligen Baugruben (nach Abbruch der Kellerwände des Geschosswohnungsbaus) mit Recyclingmaterial ist die Fläche im Altlastenkataster des Umweltamtes der Landeshauptstadt Magdeburg erfasst. Insgesamt wird das Schadstoffpotential im Plangebiet als gering eingestuft.

(11) Im Plangebiet ist eine Drainageleitung nachrichtlich übernommen, siehe Planteil A. Die genaue Lage ist bei Bedarf durch Schachtung zu ermitteln.

(12) Die das Plangebiet querende HD-Gasleitung DN 500 St ist dauerhaft außer Betrieb und kann somit für die Gasversorgung der geplanten Eigenheimbebauung nicht genutzt werden. Im Zuge der Neuerschließung bzw. des nachfolgenden Eigenheimbaus werden entsprechend des jeweiligen Bedarfs (bei Überbauung bzw. Tiefbau im Leitungsbereich) erforderliche Abschnitte der stillgelegten HD-Gasleitung durch die SWM fachgerecht verdämmt oder zurückgebaut und entfernt.

(13) Im Plangebiet sind stillgelegte Fernwärmeleitungen und Heizkanäle vorhanden (siehe Begründung Anlage 1 - Leitungsplan). Die genaue Lage ist bei Bedarf durch Schachtung zu ermitteln.

(14) In verfüllten Geländebereichen, die zur Anlage von Hausgärten bzw. Grünflächen und Ersatzpflanzungen vorgesehen sind, ist durch Bodenauftrag oder Bodenaustausch eine durchwurzelbare Bodenschicht i.S. v. § 2 Nr. 11 der Bundes-Bodenschutz- u. Altlastenverordnung (BBodSchV) in ihrer Mächtigkeit an die Folgenutzung Hausgarten oder Landschaftsbau (Rasen, Stauden und Gehölze) anzupassen oder neu herzustellen. Bei der Herstellung der durchwurzelbaren Bodenschicht sind die Regelungen des § 12 BBodSchV (Näheres siehe Begründung zur Satzung) zu beachten.



Magdeburg, den

Stadtplanungsamt

Siegel

Siegel

Oberbürgermeister

Siegel

Oberbürgermeister

G:\DGN8\BPLAENE\301-4B\2014 07 Entwurf\301-4B.dgn

Landeshauptstadt Magdeburg

DS0028/14 Anlage 2

Stadtplanungsamt Magdeburg

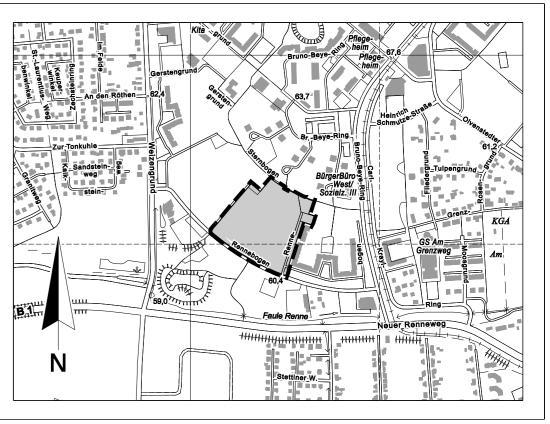


Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 301-4B MITTLERER RENNEBOGEN

Stand: Juli 2014

incl. Parzellierung

Maßstab: 1:1000



Planverfasser: Landeshauptstadt Magdeburg Stadtplanungsamt An der Steinkuhle 6

39 128 Magdeburg

Ausschnitt aus der topographischen Stadtkarte M 1:10 000 Stand des Stadtkartenauszuges: 10/2013

50 0 100 200 300 400